

Zur Vergegenwärtigung der Lage des deutschen Katholizismus 1933

ERSTER TEIL: DIE AUSGANGSPOSITION

ERNST DEUERLEIN

Die Beschäftigung mit den jüngsten Phasen deutscher Geschichte, unter dem hochgespielten, eher verwirrenden als klärenden Schlagwort von der „Bewältigung der Vergangenheit“¹ gefordert und gefördert, vollzog sich im deutschen Katholizismus bisher vornehmlich in drei Stufen, die sich nach Thema, Methode und Ausstrahlung voneinander unterscheiden. Zunächst galt der Unterdrückung und Verfolgung der Kirche und ihren Einrichtungen durch das nationalsozialistische Regime die allgemeine Aufmerksamkeit; mehrere Veröffentlichungen² brachten darüber umfangreiches Material zutage, das von den späteren Darstellungen über den deutschen Widerstand gegen Hitler verarbeitet und ergänzt wurde³; im Vordergrund stand die Zeitspanne von 1934/35 bis 1945, innerhalb derer die Jahre des Zweiten Weltkrieges eine besondere Stellung einnahmen. Zahlreiche Autoren drängten dabei auf eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit und auf eine Revision des überkommenen Geschichtsbildes.

Die Beratungen des Parlamentarischen Rates über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche verwiesen auf das Zustandekommen des Konkordats zwischen dem Deutschen Reich und dem Hl. Stuhl vom 20. Juli 1933.⁴ Das Interesse daran wurde erneut durch das von der Bundesregierung angestrebte Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht angeregt. Die aus

¹ Vgl. dazu *H. Ibach*, Die Geschichte einer Phrase. Was heißt „Unbewältigte Vergangenheit“? in: *Die politische Meinung*, Heft 47 (April 1960) 29 ff.

² An erster Stelle sind zu nennen: *J. Neuhäusler*, Kreuz und Hakenkreuz. *Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand*, 2 Teile, 2. Aufl., München 1946; *W. Corsten*, Kölner Aktenstücke zur Lage der katholischen Kirche in Deutschland 1933—1945, Köln (1949).

³ Eine alle Bereiche, Formen und Vorgänge des deutschen Widerstandes gegen Hitler umfassende Bibliographie ist ein Desiderat; vgl. *G. Stadtmüller*, Schrifttum zur Geschichte der militärischen Widerstandsbewegung 1933—1945, in: *Vollmacht des Gewissens*, hrsg. von der Europäischen Publikation e.V. Bd. I, Frankfurt/M. 1960, 549—584.

⁴ Vgl. die beiden Aufsätze von *G. Schreiber*, Wie es zum Reichskonkordat kam; Trennung von Staat und Kirche, in: *Rheinischer Merkur* Nr. 1 vom 1. Januar 1949; Nr. 6 vom 5. Februar 1949.

diesem Anlaß entstandenen Untersuchungen und Gutachten⁵ nahmen zwar in erster Linie auf die Prozeßlage Bezug, legten jedoch die Hauptentwicklungslien und die Problematik der kirchenpolitischen Entwicklung in Deutschland von 1918 bis 1945 frei; sie regten unmittelbar die Forschungen an, die sich in Studien über die Entstehung des Reichskonkordats⁶ und über das Ende der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei⁷ niederschlugen. So wertvoll diese für die Sicherung entscheidender Details und Beschreibung zusammenhängender Ereignisse sind, sie stellen nicht das Ende, sondern noch immer den Anfang der diesbezüglichen zeitgeschichtlichen Bemühungen dar. Neue Aktenbestände warten auf Erschließung und Auswertung; viele Einzelfragen bedürfen der Klärung, zahlreiche bisher unbeachtete Bereiche der Aufhellung. Die Fragestellungen, umfangreich und in sich verknotet, werden noch lange und intensiv die zeitgeschichtliche Forschung beschäftigen, es sei denn, diese begnügt sich mit voreiligen, einseitigen und an der Oberfläche bleibenden Ergebnissen, die bekanntlich immer von der Gefahr bedroht sind, in die bedenkliche Nähe der hinreichend qualifizierten „Enthüllungen“ zu geraten.

Die Schwierigkeiten des Zugangs zur Situation des deutschen Katholizismus zwischen 1933 und 1945 sind durch den Vorstoß des Professors der Soziologie an der Loyola-Universität, Chicago, *Gordon C. Zahn*, sichtbar gemacht worden; dieser vertrat in seinem am 2. September 1959 auf einem Kongreß der Amerikanischen Katholischen Soziologischen Gesellschaft im Mundelein College über „Die katholische Presse und der Nationalsozialismus im Nazi-Deutschland“ gehaltenen Vortrag die Ansicht, Bischöfe, Katholiken und katholische Presse Deutschlands hätten im Dritten Reich dem katholischen Glauben mit seinen Werten und Verpflichtungen den nationalen, das heißt konkret: den nationalsozialistischen Zielen geopfert⁸.

⁵ K. D. Bracher, Nationalsozialistische Machtergreifung und Reichskonkordat, in: *Der Konkordatsprozeß III. Teilbd.*, München 1958, 947 ff. Vgl. die ungedruckte Denkschrift: R. Leiber, Zu K. D. Bracher, Nationalsozialistische Machtergreifung und Reichskonkordat; E. Deuerlein, Das Reichskonkordat, Düsseldorf 1956. Vgl. dazu den Literaturbericht von R. Morsey in: *Neue Politische Literatur*, 5. Jahrg. 1960, Sp. 1 ff.

⁶ Vgl. meine Anzeige der in englischer Sprache publizierten diesbezüglichen Akten des Auswärtigen Amtes (*Documents on German Foreign Policy 1918—1945. Series C 1933—1937. The Third Reich: First Phase. Volume I: January 30—October 14, 1933*. London 1957) in: *Echo der Zeit* Nr. 17 vom 27. April 1958; A. Küpper, Zur Geschichte des Reichskonkordats, in dieser Zschr. 163 (1958/59) 278 ff. und 354 ff.; *Tagebuch* 7.—20. April 1933. Ludwig Kaas †. Hrsg. von R. Morsey, in dieser Zschr. 166 (1960) 422 ff.; Briefe zum Reichskonkordat. Ludwig Kaas—Franz von Papen. Hrsg. von R. Morsey, in dieser Zschr. 167 (1960/61) 11 ff.; vgl. dazu und zu den nachstehend genannten Veröffentlichungen: R. Leiber, Reichskonkordat und Ende der Zentrumspartei, in dieser Zschr. 167 (1960/61) 213 ff.

⁷ R. Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei; K. Schwend, Die Bayerische Volkspartei, in: *Das Ende der Parteien 1933*. Hrsg. von E. Matthias und R. Morsey, Düsseldorf 1960, 278 ff. und 455 ff. Vgl. dazu die eingehende Besprechung von K. Buchheim, Warum das Zentrum unterging, in: *Hochland* 53 (1960/61) 14 ff.

⁸ Deutscher Text in: *Deutsche Tagespost* Nr. 32 vom 16. März 1960. Vgl. dazu die materialreiche Erwiderung: K. A. Altmeyer, Der Episkopat und die katholische Presse im Dritten Reich, in: *Herder-Korrespondenz* 14 (1959/60) 374 ff. Ders., Katholische Zeitschriften und NS-Regime, in: *Rheinischer Merkur* Nr. 10 vom 3. März 1961.

Wer angesichts der hier nur skizzierten Forschungslage die Auffassung vertritt, es sei nicht nur möglich, sondern dringlich, „die Frage nach dem Verhalten des deutschen Katholizismus im Jahre 1933 offen zu stellen“, „nachdem eine fachkundliche historische Untersuchung das reiche Material erhellt hat“⁹, kann den Einwand nicht entkräften, daß er eilends Wertungen zustrebt, die nur auf der Grundlage umsichtiger Einzeluntersuchungen gegeben werden können. Seine erkennbare Ungeduld schadet der zeitgeschichtlichen Forschung, weil sie die verbreiteten (— und teilweise auch berechtigten —) Zweifel in deren Vermögen vergrößert, „zu zeigen, wie es eigentlich gewesen“ ist. Die Zeitgeschichte wird mißbraucht, wenn ihre unvollständigen Ergebnisse, denen darüber hinaus die durch das Fehlen geschichtlicher Distanz und durch die in der Regel nur partielle Erfassung des vorhandenen Materials gegebenen Unsicherheiten und Unzulänglichkeiten anhaften, als Ausgangspunkte oder Argumente von Auffassungen benutzt werden, die außerhalb der Zielsetzung der Geschichtswissenschaft liegen, — wenn gegenwärtsgeschichtliche Darstellungen „Aufhänger“ theologischer, philosophischer oder staatlicher Spekulationen abgeben müssen. So weit verbreitet die Bezugnahme auf vermeintliche historische Analogien ist, sie dient in den meisten Fällen weder der um ihr Selbstverständnis bemühten Gegenwart noch der Verdeutlichung der geschichtlichen Tatbestände. Deren vollständige Erschließung wird nicht nur erschwert, sondern verhindert, wenn die ihm vorausgegangenen Geschehnisse nicht oder nur ungenügend gewürdigt werden. Die religiös-politischen Ereignisse und Entwicklungen des 16. Jahrhunderts sind ohne Kenntnis ihrer Brunnenstube, des ausgehenden Spätmittelalters, nicht verständlich. Wer den französischen Verhältnissen des 18. Jahrhunderts keine Beachtung schenkt, steht der Erruption der Französischen Revolution fassungslos gegenüber; denn ihm ist verborgen, daß, wie *Jacob Burckhardt* in seinen „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ vermerkt, „in den Gebildeten eine Utopie und in den Massen ein aufgespeicherter Schatz von Haß und Rache lebendig war“¹⁰. Nicht zur Rechtfertigung oder zur Verteidigung Handelnder und Beteigter, sondern zur Erklärung des jeweiligen Zeitabschnitts ist es erforderlich, dessen Ausgangsposition gebührend zu berücksichtigen.

Für Änderungen der bisherigen Entwicklungsrichtung, für Einbrüche, die als Katastrophen verstanden werden und sich als solche auch erweisen, und für gewaltsame Verwandlungen der politischen oder wirtschaftlichen Gegebenheiten gilt, was *Friedrich Dahlmann* in seiner unter dem Eindruck der

⁹ So *E.-W. Böckenförde* in seinem als „Eine kritische Betrachtung“ bezeichneten Aufsatz *Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933*, in: *Hochland* 53 (1960/61) 215 ff. Zur Vermeidung irriger Auffassungen erscheint die Feststellung notwendig, daß unsere Darstellung weder eine Auseinandersetzung mit der zeitgeschichtlichen Nachlese noch eine Beschäftigung mit den daran geknüpften theologischen Spekulationen des genannten Aufsatzes ist. Mit diesem setzt sich kritisch auseinander *J. Paulus*, Eine „Hochland“-Legende, in: *Rheinischer Merkur* Nr. 11 vom 10. März 1961.

¹⁰ *J. Burckhardt*, Weltgeschichtliche Betrachtungen, Darmstadt 1956 (*J. Burckhardt*, Gesammelte Werke Bd. IV), 123.

Julirevolution von 1830 entstandenen „Politik“ schrieb: „Auch die aufs beste ausgehende Revolution ist eine schwere Krise, die Gewissen verwirrend, die innere Sicherheit unterbrechend...“¹¹ Diese Folgen können auch durch Vorgänge, die als Revolutionen auftreten oder einen revolutionsähnlichen Verlauf nehmen, verursacht und auch vergrößert werden, vor allem wenn diese im Zeitpunkt ihres Entstehens keine weithin sichtbare Unterbrechung der Kontinuität und keine unbezweifelbare Verletzung der Legalität darstellen.

Die Situation des deutschen Katholizismus im Übergang zum Dritten Reich und in diesem selbst kann nicht *allein* unter dem Gesichtspunkt seiner Zurückhaltung, Ablehnung und seines Widerstandes bis zum Blutzeugnis betrachtet werden; sie kann aber auch nicht nach den von seinen Vertretern und Einrichtungen eingenommenen vielschichtigen und uneinheitlichen Haltungen und Bestrebungen in der von Verwirrung und Unsicherheit, Lähmung und Enttäuschung erfüllten Übergangsphase pseudorevolutionären Charakters beurteilt werden, zumal gerade die zeitlich sehr kurze Spanne des Verlassens des bisherigen und der Erkundung eines neuen Standorts in einer sich radikal verändernden Welt kein einheitliches Bild, sondern ein Kaleidoskop unterschiedlicher Ansichten, Auffassungen, Bemühungen und Befürchtungen zeigt. Wenn in der Retrospektive dieses durch Hervorhebung oder Um- und Unterbewertung vereinheitlicht — fast möchte man sagen: „gleichgeschaltet“ — wird, wird die geschichtliche Wirklichkeit des Beginns der totalitären Herrschaft in Deutschland verzeichnet. Vor dieser Gefahr sind auch die Studien nicht geschützt, die ihre Ergebnisse durch einen umfangreichen wissenschaftlichen Apparat abstützen und dadurch dem Leser Respekt abnötigen.

Die derzeitige Forschungslage erlaubt nicht, über äußere und innere Situation, Haltung und Handeln des deutschen Katholizismus im Jahr 1933 endgültig zu urteilen; sie läßt es jedoch geboten erscheinen, sowohl grund-sätzliche Erwägungen als auch unerlässliche Korrekturen an Detailfragen in der Absicht zur Diskussion zu stellen, damit zur Gewinnung eines der geschichtlichen Situation entsprechenden Bildes beizutragen.

I

Nicht nur den zeitgeschichtlichen Bemühungen über die Position des katholischen Deutschlands in der Phase der Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft, beinahe allen neueren Studien über die Agonie des Staates von Weimar ist der Umstand gemeinsam, daß sie nur die innerdeutsche Situation, und auch diese nur mit kleiner und unbeweglicher Optik betrachten. Diese Introvertiertheit fördert, indem sie die außerdeutschen Entwicklungen übergeht, die unterschwellige Vorstellung einer innerlich und

¹¹ Zitiert nach den von O. Westphal herausgegebenen „Klassikern der Politik“, 178f.

äußerlich ausgewogenen Weltsituation; dies entspricht bekanntlich nicht der internationalen Lage. Das Absterben des Staates von Weimar, von K. D. Bracher als ein „Problem des Machtverfalls in der Demokratie“¹² bezeichnet, ist nicht aus sich heraus verständlich, weil es nicht der Anfang, sondern das Ende einer Entwicklung ist, die spätestens im Jahr 1918 ihren Anfang nahm und über Deutschland und Europa weit hinausgriff. Die Forschungen über das Ende der Weimarer Republik stehen solange auf tönernen Füßen, so lange nicht deren Entstehung und Entfaltung eingehend untersucht sind. Die vorliegenden Gesamtdarstellungen und Monographien geben zwar ein *allgemeines* Bild von der deutschen Entwicklung zwischen 1918 und 1930, reichen jedoch nicht aus, um die innere und äußere Labilität der ersten deutschen Republik, eines ungewollten und von seinen Bürgern nicht angenommenen Staates, überzeugend bewußt zu machen. Die postume Glorifizierung der vermeintlich goldenen „Zwanziger Jahre“ hat bereits die Ansichten über deren politische Verhältnisse infiziert, wie die dafür exemplarische Behandlung des Komplexes „Versailles“ zeigt.

Den 1929 herausgegebenen Doppelband „Zehn Jahre Versailles“, an dem sich u. a. Kurt von Lersner, Theodor Niemeyer, Heinrich Schnee, Bernhard Dernburg, Wilhelm Sollmann, Theodor Heuss, Otto Hoetzsch, Georg Schreiber mit Beiträgen beteiligten, eröffnete Wilhelm Marx mit einem Aufsatz über „Die Rechtsgrundlagen der Pariser Friedensverhandlungen und ihre Verletzung durch den Vertrag von Versailles“, an dessen Spitze er die Versicherung stellte: „Wenn das deutsche Volk auch heute noch, nachdem zehn Jahre seit der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles verflossen sind, den durch ihn geschaffenen Frieden so unendlich drückend empfindet, so liegt der Grund hierfür nicht nur darin, daß dieser Vertrag über alles Erwarten und Verstehen hinaus unser Ehrgefühl verletzt und demütigt, uns politisch entrechtet, militärisch entmannt, wirtschaftlich ausbeutet und damit den Grundbegriffen der Völkermoral zuwiderhandelt, sondern namentlich auch darin, daß er den elementarsten Regeln des Völkerrechts über Beendigung von Kriegen und Wiederherstellung des Friedens ins Gesicht schlägt.“¹³ Zwei Jahre später, am 5. August 1931, versicherte Friedrich Meinecke in einer Betrachtung über „Reichsverfassung und Weltverfassung“: „Wir sind seit dem Versailler Frieden — den ein Franzose, ein Mitglied der damals in Berlin sitzenden Reparationskommission, mir vor elf Jahren unter vier Augen als ‚verrückt‘ bezeichnete — kein vollsouveräner Staat mehr, und wir reiben uns an den uns angelegten Fesseln bei jeder lebenswichtigen Frage blutig. Frei zwar nach innen, aber unfrei nach außen, das ist eine *contradictio in adjecto*, die eine Zeitlang wohl, weil mancher Widerspruch

¹² K. D. Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, 2. Aufl., Stuttgart 1957.

¹³ W. Marx, *Die Rechtsgrundlagen der Pariser Friedensverhandlungen und ihre Verletzung durch den Vertrag von Versailles*, in: *Zehn Jahre Versailles*, hrsg. von H. Schnee und H. Draeger, 2 Bde., Berlin 1929, 1ff.

in der Geschichte sich temporär hinschleppen kann, eine Scheinexistenz führen kann, aber korrosiv zerstörend nach innen wie nach außen wirkt.“ Meinecke fügte an diese Feststellungen die Bemerkung an: „Die Hochflut des Nationalismus, unter der wir heute leiden und die das Wesen der Weimarer Verfassung bedroht, hat, zwar nicht als einzige, aber als eine Hauptursache den Versailler Frieden mit all seinen komplizierten, materiellen wie seelischen Auswirkungen.“¹⁴ In dem 1932 veröffentlichten Sammelband: „Krisis. Ein politisches Manifest“ beschäftigte sich Ludwig Kaas mit der „Deutschen Außenpolitik“; seine sachlichen Ausführungen begann er mit der Erklärung: „Eine Erkenntnis beginnt unter der furchtbaren Wucht des Anschauungsunterrichts der letzten Monate an Tiefe zu gewinnen: Für eine organische und schöpferische Weiterentwicklung der europäischen und der Weltpolitik war Versailles ein verfehlter Start. Die Pariser Friedensdiktate haben eine neue europäische Landkarte geschaffen, aber kein neues und lebensfähiges Europa. Der Geist, mit dem die Väter der genannten Verträge an ihr Werk herantraten, war eine Frucht des Krieges, aber kein Vorläufer und Wegbereiter wahren Friedens.“¹⁵

Dieser zeitgenössischen Auffassung über die Auswirkungen des Vertrags von Versailles steht die Erklärung gegenüber, die Sir Hartley Shawcross am 26. Juli 1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg abgab. Der Hauptankläger Großbritanniens bezeichnete das Begehrn nach einer Revision des Vertrags von Versailles als unzulässig und als „volkstümlichen Sammelpunkt unter dem Nazi-Banner“, wies die von der Verteidigung gemachten Versuche, das angebliche Unrecht des Vertrags zu würdigen, zurück und betonte nach Darlegungen zur Begründung seiner Ansicht: „Der Streit um ‚Versailles‘ war ein Mittel, um Menschen für verruchte und aggressive Zwecke zusammenzubringen.“¹⁶

Die Deklarierung der Ablehnung und Bekämpfung des Vertrags von Versailles als nazistische Propagandaerfindung hat offensichtlich dazu beigetragen, daß dieser auch in zeitgeschichtlichen Untersuchungen entweder übergangen oder als quantité négligeable behandelt wird. War Versailles Fiktion oder Realität, eingebildete Belastung oder existentielle Behinderung des Staates von Weimar? Ist es eine billige Ausrede der Deutschen, die sich von 1918 an boshart weigerten, ihre Situation anzunehmen und zu bewältigen? Wenn der Vertrag von Versailles als psychogen verursachter Alpdruck bezeichnet und behandelt wird, verschwinden aus dem geschichtlichen Bild der Weimarer Republik die tiefen Schatten, die, Totenfahnen gleich, vierzehn Jahre lang deren Gefährdung anzeigen. Die Zeitgenossen verstanden „Versailles“ als Quelle des über Europa gekommenen Unheils. Gustav Stol-

¹⁴ F. Meinecke, Politische Schriften und Reden. Hrsg. und eingeleitet von G. Kotowski, Darmstadt 1958 (Friedrich Meinecke Werke Bd. II), 453ff.

¹⁵ Krisis. Ein politisches Manifest. Hrsg. von O. Müller, Weimar o. J., 51ff.

¹⁶ Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. XIX, 482ff.

per sprach im Mai 1919 von der „Friedenskatastrophe“ und erklärte: „Nur mit Entsetzen kann man ahnend begreifen, durch welche Schrecknisse Europa noch mag schreiten müssen, ehe der frevelhafte Übermut machthungeriger Staatslenker gesühnt ist.“¹⁷ Die Päpste *Benedikt XV.* und *Pius XI.* wandten sich wiederholt mit ernsten Warnungen gegen die Pariser Vorortsverträge und betonten mit Nachdruck, daß diese nicht Frieden, sondern Ursache und Anfang neuer kriegerischer Auseinandersetzungen bedeuteten. *Benedikt XV.* erklärte im Geheimen Konsistorium vom 7. März 1921: „Wenn tatsächlich wahr ist, daß der Krieg mit der Mordwaffe beendet ist, so ist aber jedenfalls ein sicherer und dauerhafter Friede noch nicht gekommen, um die Welt zu trösten, und noch weniger ist in die Familien, in die Gesellschaftsklassen und unter die Völker jene Ruhe und jene Ordnung zurückgekehrt, die dem Geist der christlichen Brüderlichkeit und dem christlichen Gemeinschaftssinn entspricht.“¹⁸ Die Forderung nach Revision der 1919/20 unterzeichneten Friedensverträge wurde, lange bevor Hitlers Stimme über Münchens Bräusäle hinausdrang, erhoben; sie war in Deutschland nicht Sache einer Partei, sondern Anliegen des ganzen Volkes. Die Außenpolitik war von 1919 bis 1932 in erster Linie Revisionspolitik des Vertragswerks von Versailles¹⁹. Je größer der zeitliche Abstand von dessen Unterzeichnung wurde, desto verbreiteter wurde die Einsicht, daß nur eine tiefgreifende Revision in der Lage sei, die dadurch ausgelöste permanente Beunruhigung Europas zu beseitigen, deren Folgen allenthalben in Erscheinung traten. Wer die dadurch gegebene Entwicklungsbehinderung des Staates von Weimar bezweifelt, wer den das Leben des deutschen Volkes bedrängenden und bedrohenden Komplex als „Anti-Versailles-Theorie“²⁰ abtut, nimmt am Bild des republikanischen Reiches eine nicht zulässige Retusche vor. *Hans Rothfels* stellte im Januar 1934 — ein Jahr nach Hitlers Machtergreifung — in den *Berliner Monatsheften* fest: „Das ist ja überhaupt wohl der schlimmste Zug in den Auswirkungen des Versailler und der anderen Pariser Vorortsverträge: indem der formelle Friede zwischen den Staaten errichtet wurde, entfesselte man den tatsächlichen Kampf zwischen den Völkern. Er vollzieht sich ganz wesentlich zu Lasten des Deutschtums, das, wenn man den Osten als Ganzes nimmt, zu sieben Millionen unter fremder Hoheit lebt. Nirgends klaffen Staatsfriede und Völkerfriede so auseinander wie in dem weiten Gebiet, das die Baumeister von 1919 nach dem Grundriß des Selbstbestimmungsrechtes aufzubauen sich vermaßen. In diesen Tatbeständen liegt das schärfste Verdikt über den unschöpferischen, negativen Geist von Versail-

¹⁷ T. Stolper, Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit. Gustav Stolper 1888—1947, Tübingen 1960, 136.

¹⁸ Vgl. meinen Aufsatz: Friedensbemühungen des Hl. Stuhles 1938/39, in dieser Zeitschrift 164 (1959) 321ff.

¹⁹ L. Zimmermann, Deutsche Außenpolitik in der Ara der Weimarer Republik, Göttingen 1958.

²⁰ Vgl. K. D. Bracher, W. Sauer u. G. Schulz, Die nationalsozialistische Macht-ergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln 1960, 221 Anm. 2.

les, liegt zugleich aber auch der stärkste Appell an die geschichtlichen Kräfte, die den Osten ehedem gestaltet haben und an die Verantwortung eines Volkes, das so tief in seinen Lebensprozeß einbezogen ist wie das deutsche.“²¹

Rothfels kann mit diesen und anderen Ausführungen²² als weiterer Zeuge dafür benannt werden, daß die Verwerfung des Vertrags von Versailles keine Erfahrung der nationalsozialistischen Propaganda ist. Die Zahl derer, die aus Sorge um die Zukunft Europas eine Revision der fraglichen Friedensordnung der Jahre 1919/20 begehrten, ist groß. Zu ihnen gehört *Guglielmo Ferrero*, der in seiner Studie „Reconstruction — Talleyrand à Vienne 1814—1815“ scharfe Kritik am Pariser Friedenskongreß übt und die Ansicht vertritt: „Der Krieg, der am 1. September 1939 begann, entstand nicht aus einem Konflikt politischer Interessen unter den Mächten wie der Krieg im Jahre 1914; er wurde, wie alle Kriege der Revolution, aus der großen geistigen, moralischen und politischen Unordnung geboren, die nach 1919 in ganz Europa durch den Zusammenbruch des monarchischen Systems, durch den allgemeinen Kult der Revolution und den wahnwitzigen Umsturz aller Regeln verursacht wurde. Was findet sich auf dem Grunde dieser Unordnung? Ein furchtbare Rasseln von Eisenketten, geschmiedet und geschüttelt von der Furcht. Die große Furcht, Ausdruck und Zielpunkt der allgemeinen Unordnung, hat sich neuerdings der Welt bemächtigt; die gleiche Furcht, unter der Europa von 1789 bis 1814 beinahe zugrundegegangen wäre.“²³ Ferreros Vorstellungen fanden vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika Verbreitung und Beachtung. *Friedrich Wilhelm Foerster* berichtet in seiner „Erlebten Weltgeschichte“, *John Foster Dulles*, von 1953 bis 1959 Secretary of State, habe auf einem im November 1941 in Delaware (Ohio) veranstalteten protestantischen Friedenskongreß die These Ferreros verteidigt und dem Vertrag von Versailles die Schuld für den neuen Weltkrieg gegeben.²⁴

Während, wie bereits ausgeführt, der Hauptankläger Großbritanniens vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg das Revisionsbegehren gegenüber dem Vertrag von Versailles verwarf und damit dessen Rehabilitation, die ihre stärksten Argumente aus dem Vergleich zwischen den politisch-territorialen Verhältnissen von 1919/20 und denen von 1945/48 nimmt, einleitete, begann *Winston S. Churchill* sein großes Memoirenwerk „Der Zweite Weltkrieg“, dessen erster Band 1948 erschien, mit einer beredten Klage über die in Paris vertane Friedenschance. Er bezeichnete „Versailles“ als die erste große Tragödie der Nachkriegsentscheidungen — die zweite ist

²¹ *H. Rothfels*, Der Vertrag von Versailles und der deutsche Osten, in: *Berliner Monatshefte* 12 (1934) 3 ff. Vgl. dazu auch: *H. Rothfels*, Bismarck, der Osten und das Reich, Darmstadt 1960.

²² *H. Rothfels*, Selbstbestimmungsrecht und Saarabstimmung, in: *Berliner Monatshefte* 13 (1935) 32 ff.

²³ Deutsche Ausgabe: *G. Ferrero*, Wiederaufbau. Talleyrand in Wien (1814 bis 1815), München 1950, 373.

²⁴ *F. W. Foerster*, Erlebte Weltgeschichte 1869—1953, Nürnberg 1953, 649 f.

für ihn „der vollständige Abbruch des Österreichisch-Ungarischen Reiches durch die Verträge von St. Germain und Trianon“ — und erklärte: „Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages waren so bösartig und töricht, daß sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten. Diese Diktate drückten sowohl die Wut der Sieger aus wie den Irrtum ihrer Völker, die nicht begriffen, daß keine besiegte Nation oder eine besiegte Gemeinschaft die Kosten des modernen Krieges ersetzen kann.“²⁵ Churchill brachte zum Ausdruck, daß Verlauf und Ausgang des Zweiten Weltkriegs sein Urteil über den Vertrag von Versailles nicht gemildert, sondern verschärft haben. Den Wandel in der Erfahrung der älteren Generation, der Zeitgenossen von 1919, versuchte Ludwig Dehio in seinem Aufsatz „Versailles nach 35 Jahren“ durch ein eindrucksvolles Bild der Gegenwart nahezubringen: „Dem Italienreisenden, den die Gotthardbahn dem Paß entgegenführt, prägt sich die Kirche von Wassen ein: sie erscheint ihm ein erstes Mal in Nahsicht in der Enge des Reuſtales, ein zweites Mal nach Verlassen eines Kehrtunnels tief unten — eingebettet in den sich dehnenden Überblick über das Gebirge. So ähnlich geht es heute in Deutschland den Älteren mit dem Vertrag von Versailles. Vor einem guten Menschenalter stand er zum ersten Male plötzlich vor ihnen in schreckhafter Nahsicht — nach Überwindung der dunklen Kehre des Dritten Reiches sehen wir nun ein zweites Mal auf ihn herab aus der Höhe furchtbarer Erfahrung, und nunmehr präsentiert er sich eingebettet in eine historische Hochgebirgslandschaft, die wir in der Enge der Jugendjahre nicht zu überblicken vermochten.“ Der veränderte Standort hielt Dehio nicht vor der Meinung zurück, daß die den Intentionen der Friedensmacher von 1919/20 widersprechende Ausführung alle Mängel der von ihnen gefertigten Verträge verzerrend hervorgetrieben hat²⁶. Schärfer formulierte Alexander Rüstow im dritten, 1957 erschienenen Band der „Ortsbestimmung der Gegenwart“ seine Meinung dazu: „Über die völlige Verfehltheit des Versailler Friedensvertrages sind heute wohl alle Urteilsfähigen aller Länder einig und ebenso darüber, daß sie in verhängnisvoller Weise an der Entwicklung beteiligt war, die zum Zweiten Weltkrieg geführt hat.“²⁷

Gängel
1988 von
eine frühe
Interpretation

Ist es angesichts dieser eindeutigen Auffassungen zulässig, „Versailles“, das Trauma einer Epoche und eines Kontinents, lästig zur Seite zu schieben? Dürfen zeitgeschichtliche Bemühungen Gewichte abnehmen oder verringern, die das politische Bewußtsein der vorherigen Generation niedergezogen haben? Auch der Hinweis auf die exemplarische Bedeutung der Friedensschlüsse von Brest-Litowsk (3. März 1918) und Bukarest (7. Mai

²⁵ Deutsche Ausgabe: W. S. Churchill, *Der Zweite Weltkrieg. 1. Bd.: Der Sturm zieht auf*, Hamburg o. J., 22.

²⁶ L. Dehio, *Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert* (Fischer-Bücherei 352), 97 ff.

²⁷ A. Rüstow, *Ortsbestimmung der Gegenwart, 3. Bd.: Herrschaft oder Freiheit?* Erlenbach-Zürich 1957, 432.

1918) kann nicht widerlegen, daß der Vertrag von Versailles das Schicksal des Staates von Weimar und des Erdkreises wurde; seine Belastung bestand nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv.

II

Wo Ahnen?

Die stete Erinnerung an die tiefe Spur, die „Versailles“ durch die Jahre 1919—1932 zog, ist erforderlich, um die ebenfalls gern übersehene Tatsache zu erklären, daß der Staat von Weimar von seinen Bürgern nicht angenommen wurde, — eine Haltung, die *Carl von Ossietzky* mit dem zwar schmerzlichen, jedoch zutreffenden Begriff von der „Treue auf Zeit“ bedacht hat. Die Frage nach den Gründen für die Illoyalität eines Volkes gegenüber seinem Staatswesen ist bereits beantwortet; *Churchill* hat in seinem Memoirenwerk ausgeführt: „Die Weimarer Republik wurde mit all ihren liberalen Dekorationsstücken und Segenssprüchen als etwas durch den Feind Aufgezwungenes empfunden. Sie konnte weder die Treue noch die politische Phantasie des deutschen Volkes an sich fesseln. Eine Weile versuchte es sich wie in Verzweiflung an den betagten Marschall Hindenburg zu klammern. Dann kamen gewaltige Kräfte ins Treiben; der leere Raum lag offen, und in diese Leere trat nach einer Pause ein Wahnsinniger von dämonischer Wildheit, das Gefäß und der Ausdruck der wildesten Haßgefühle, die jemals die menschliche Brust zerfressen haben — der Gefreite Hitler.“²⁸ Deutlicher kann der Umstand nicht charakterisiert werden, daß das republikanische Reich seinen Bürgern unsympathisch war, und zwar allen; den einen war zu viel, den andern zu wenig verändert worden. Erst die Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse seit 1924 brachte, wie *Arthur Rosenberg* bemerkte, „einen gewissen Aufschwung des republikanischen Gedankens“²⁹, der jedoch unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise zusammensank. Das taedium rei publicae entsprang nicht nur der politischen Lustlosigkeit, der weit verbreiteten, teilweise berechtigten Trotzhaltung und der Flucht vor der Wirklichkeit, — in ihm schlug sich auch die allgemeine Unsicherheit nieder, das das hervorragendste Kennzeichen der bewegten fünfzehn Jahre war. Fünfundzwanzig Jahre nach dem Untergang des Staates von Weimar erklärte *Ernst Niekisch*: „Die Atmosphäre zwischen 1918 und 1933 war explosiv; ich erfaßte sie so und zweifelte nicht daran, daß die Explosion nicht zu vermeiden sei.“³⁰

Wo war in dieser von Eruption bedrohten politischen Landschaft der Standort des deutschen Katholizismus? Die Antwort auf diese Frage ist nicht leicht; es fehlen selbst allgemein orientierende Darstellungen über

²⁸ Churchill a.a.O. 22.

²⁹ A. Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Hrsg. von K. Kersten, Frankfurt 1955, 393.

³⁰ J. Rühle, Literatur und Revolution. Die Schriftsteller und der Kommunismus, Köln 1960, 197.

dessen Entwicklung. *Karl Bachems* neunbändige Zentrumsgeschichte, in vielerem überholt, als Zusammenfassung und Materialsammlung weiterhin unentbehrlich, bringt für die politische Situation nur wenige unvollständige, der Problematik ausweichende Beiträge³¹. Eine wissenschaftliche Ansprüche befriedigende Gesamtdarstellung steht aus; sie kann wohl auch erst geben werden, wenn zahlreiche Einzelerscheinungen untersucht wurden. Diese müssen nicht im Herbst 1918, sondern, wie die jetzt edierten materialreichen Protokolle des Interfraktionellen Ausschusses³² deutlich machen, im Jahr 1917 einsetzen; sie können sich nicht auf die Vertiefung der Zentrumsgeschichte beschränken. Die Wandlungen der politischen und sozialen Vorstellungen, die Umschichtungen der Stände und Organisationen, die Impulse der Jugendbewegung und der liturgischen Erneuerung, die Bemühungen um einen Standort außerhalb des Gettos, die Rückwirkungen der wechselnden politischen Verbindungen, — diese Ereignisse und Entwicklungen bedürfen der Sammlung, Sichtung und Beschreibung; erst danach wird der katholische Bereich vornehmlich den Nachwachsenden überschaubar.

Die politisch-staatsrechtlichen Veränderungen vom 9. November 1918 trafen den deutschen Katholizismus so gut wie unvorbereitet. Die Empfindung der älteren Zentrumsgeneration drückte *Georg Graf von Hertling* aus, als er von Ruhpolding aus, wohin er nach seiner Entlassung als Reichskanzler am 3. Oktober 1918 übergesiedelt war, an den ihm in langer Freundschaft verbundenen ehemaligen Chefredakteur der *Kölnischen Volkszeitung*, *Hermann Cardauns*, am 15. November schrieb: „>Herr, rette uns, wir gehen unter!“, so hieß es kürzlich im Sonntagsevangelium. Etwas anderes können wir zur Zeit nicht sagen, und nur hoffen, daß Er, der es allein vermag, dem Sturm gebieten werde.“³³ Nicht nur für das Zentrum, für den ganzen deutschen Katholizismus gilt die von *Carl Muth* in seinen unter dem Titel „*Res publica*“ 1926 veröffentlichten „Gedanken zur politischen Krise der Gegenwart“ getroffene Feststellung. Er hatte zwar eine demokratische Tradition, aber keinerlei Neigungen zur Republik; sich mit dieser vertraut zu machen fiel nicht leicht³⁴. Angesichts der bereits eingetretenen Gefährdung richtete *Heinrich Brüning* in seiner am 3. März 1933 im Berliner Sportpalast gehaltenen Wahlrede die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Verantwortung, die sich im Herbst 1918 dem Zentrum stellte. Er sagte, nicht das System der letzten vierzehn Jahre, sondern das System der Außenpolitik der letzten zwei Jahrzehnte vor dem Krieg gehöre auf die Anklagebank, und fügte hin-

³¹ *K. Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei, 9 Bde., Köln 1927 ff.

³² Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. Bearbeitet von *E. Matthias* unter Mitwirkung von *R. Morse*, 2 Teile, Düsseldorf 1959.

³³ Die Briefe Hertlings an Cardauns von 1873 bis 1918 sind im Privatbesitz; Abschriften bzw. Ablichtungen liegen dem Verfasser zur Vorbereitung einer Edition vor.

³⁴ *C. Muth*, *Res publica* 1926. Gedanken zur politischen Krise der Gegenwart, in: *Hochland* 24, 1 (1926/27), 1 ff.

zu, auf dem Trümmerhaufen *dieses* Systems habe das Zentrum neu gebaut und die Hand von links ergriffen, weil rechts keine starke Hand dagewesen sei. Und nur so sei die Behauptung von der Schuld des Systems möglich gewesen, weil nicht die Vertreter des alten Vorkriegssystems in den Wald von Compiègne gegangen seien, sondern *Erzberger*³⁵.

Am Ablauf der Revolution unbeteiligt, trat das Zentrum „auf den Boden der gegebenen Tatsachen“, — wie es in dem vom Reichsausschuß der Deutschen Zentrumspartei am 30. Dezember 1918 verabschiedeten Aufruf heißt. Diese Entscheidung fand keineswegs ungeteilten Beifall; die Billigung — oder muß man im Hinblick auf noch zu erörternde Vorgänge im Frühjahr 1933 sagen: Anerkennung? — der Revolution wurde als Verrat an den Grundsätzen bezeichnet, was *Karl Bachem* zu der Beteuerung veranlaßte: „War das wirklich ein ‚Paktieren mit der Revolution‘, ein ‚Hinabgleiten auf der schiefen Ebene, welche in den Abgrund des Sozialismus führt‘, eine ‚Verleugnung derjenigen Prinzipien, auf welchen das Zentrum bis dahin gestanden hatte‘? Nichts von alledem. Es war das nichts als das allgemeine Gefühl in den führenden, verantwortungstragenden Schichten des katholischen Volkes, daß das Zentrum nicht beiseite stehen könne und dürfe, wenn Staat und staatliche Ordnung für das deutsche Volk gerettet werden sollten. Man wird fragen dürfen, was denn aus Deutschland geworden wäre, wenn das Zentrum sich der Mitarbeit an dem notwendig gewordenen Neubau entzogen hätte, wenn es, wie die ‚rechts‘ gerichteten Kreise, sich darauf beschränkt hätte, in der reinen Negative gegenüber den neuen Ideen und Bestrebungen zu verharren und auf einen Umschlag zu warten, der nie mehr kommen konnte? Es ist festzustellen, daß das Zentrum auf der ganzen Linie, im Reich wie in allen Einzelstaaten, eine solche Abstinenzpolitik abgelehnt hat und mit erstaunlicher Elastizität die unabweisbare Folgerung gezogen hat aus demjenigen, was ohne es sich begeben hatte. Ist es geschehen aus charakterloser Herrschsucht, aus dem Streben, mitzusitzen an der Tafel, welche für Männer der Revolution gedeckt wurde? Keineswegs! Zwei Gründe ganz anderer Art bestimmten sein Verhalten. Der eine war das Bewußtsein, daß unter allen Umständen die staatliche Ordnung, oder eine staatliche Ordnung erhalten werden müsse, wenn nicht Anarchie und Bürgerkrieg das deutsche Volk zerfleischen, das Deutsche Reich auseinanderreißen sollten. Der andere war die Überzeugung, daß ein neuer Kampf gegen die religiösen Ideale des katholischen Volkes, gegen das Recht und den Bestand seiner Kirche nur abgewendet werden konnte, wenn das Zentrum mit ‚dabei war‘, wenn es seinen Platz am Steuerruder des Staatsschiffes sich nicht entwinden ließ und nach Kräften an diesem Steuerruder mitwirkte.“³⁶ *Bachems* Erklärungen können als Erläuterungen der politischen Taktik des Zentrums angesehen werden, als Interpretierungen der Bereitschaft, sich aus über-

³⁵ Bericht der *Berliner Volkszeitung* vom 4. März 1933.

³⁶ *Bachem* a.a.O. VIII, 257 f.

geordneten Interessen auch mit Vorgängen, Situationen und Systemen einzulassen, deren Antriebe, Haltungen und Zielsetzungen abgelehnt werden,— „zur“, wie ein häufig benutztes Argument lautet, „Vermeidung von Schlimmerem“. Das „Treten auf den Boden der gegebenen Tatsachen“, zur Verhinderung der Radikalisierung Deutschlands unerlässlich, ist dem Zentrum lange verübt worden; die Risse, die der legendäre Zentrumsturm seit 1918 zeigt, sind auch auf diese Erschütterung zurückzuführen.

Die Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz warnten in der Kundgebung vom 8. Januar 1919 nachdrücklich vor dem katholikenfeindlichen Sozialismus und vor dem aus ihm hervorgegangenen Kommunismus³⁷. Auf der Linie dieser Ansichten bewegte sich *Adolf Gröber*, als er namens der Zentrumsfraktion am 13. Februar 1919 vor der Nationalversammlung die Forderung erhob: „Meine politischen Freunde und ich stellen uns nach allem, was geschehen ist, auf den Boden der gegebenen, vollendeten Tatsachen und ziehen aus ihnen die Konsequenz. Wir tun das, weil wir in der demokratischen Republik die einzige Möglichkeit erblicken, aus dem Chaos der Revolution herauszukommen ... Wir müssen heraus aus dieser Unordnung. Wir müssen wieder zu geordneten rechtmäßigen Zuständen gelangen, und wir müssen verhüten, daß sich eine Entwicklung entfaltet, die zur sozialistischen Republik führen müßte.“³⁸ Die deutschen Bischöfe legten in einem Schreiben an die Reichsregierung feierliche Verwahrung ein gegen Art. 10 Abs. 1, Art. 137, Art. 138 und Art. 143—149 und alle den Rechten der Kirche abträglichen Bestimmungen der Reichsverfassung, die zum Teil mit den Stimmen des Zentrums angenommen worden waren³⁹. Die Formulierung des Art. 1 der Reichsverfassung: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ löste eine lang anhaltende und heftige Diskussion aus, die tieflotende Bemühungen um die Einstellung zum Staat, zur Macht, Politik und Gesellschaft umschloß und die man in Analogie zum Literatur-, Zentrums- und Gewerkschaftsstreit als „Verfassungsstreit“ zu bezeichnen versucht ist. *Franz Xaver Kiefl* vertrat noch 1928 die Ansicht, daß die Auseinandersetzung über Art. 1 der Weimarer Verfassung keine akademische Zänkerei, sondern die Grundfrage der christlichen Weltanschauung betraf⁴⁰. Der schroffe Gegensatz in der Einstellung zum republikanischen Reich kam in der Meinungsverschiedenheit zwischen dem Präsidenten der 62. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in München (27.—30. August 1922), Oberbürgermeister *Adenauer*, und dem Ortsbischof, *Michael Kardinal Faulhaber*, zum Ausdruck⁴¹. Der Gegensatz war nicht stammesmäßig bedingt, wenn auch

³⁷ Vgl. die Erwähnung bei *Corsten* a.a.O. 1.

³⁸ Zitiert nach: *Bachem* a.a.O. VIII, 259.

³⁹ Wortlaut des Schreibens bei: *H. A. Krose*, Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland, 9. Bd., Freiburg/Br. 1920, 107 ff.

⁴⁰ *F. X. Kiefl*, Die Staatsphilosophie der katholischen Kirche und die Frage der Legitimität in der Erbmonarchie, Regensburg 1928. Vgl. dazu *Bachem* a.a.O. VIII, 311ff., wo auch die wichtigste Literatur aufgeführt wird.

⁴¹ Vgl. dazu: *Die Reden, gehalten in den öffentlichen und geschlossenen Versammlungen der 62. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu München vom 27. bis*

das bayerische Problem eine zusätzliche Belastung darstellte. In seinem „Offenen Brief“ an Joseph Wirth führte Joseph Joos zwei Jahre danach bittere Klage über den „unvorbereiteten geistig-politischen Zustand und den Mangel an Gesinnungsdemokratie“⁴² vornehmlich im katholischen Volksteil. Arthur Rosenberg verficht in seiner „Geschichte der Weimarer Republik“ die These, 1923 sei in der Zentrumspartei die von Erzberger 1917 eingeleitete „demokratische Periode des deutschen Katholizismus“ zu Ende gegangen, und bietet dafür folgende Erklärung: „Die vergeblichen Kämpfe der Jahre 1920 bis 1922 haben den demokratischen Flügel des Zentrums genau so verbraucht, wie die Sozialdemokratie in den Jahren 1919/20 abgenutzt worden war. Die katholischen Bauern West- und Süddeutschlands verloren das Interesse an der demokratischen Republik und waren bereit, zusammen mit ihren evangelischen Berufsgenossen, an einer Umgestaltung Deutschlands im konservativen und autoritativen Sinn mitzuwirken.“⁴³

Rosenbergs Meinung über die Abnutzung des demokratischen Gedankens in Deutschland bestätigt die bereits erwähnte innere Labilität der Republik und erklärt die geradezu verzweifelten Bemühungen um ein neues Leitbild vom Staat; diese wendeten sich im Bereich des deutschen Katholizismus der Vergegenwärtigung des Volkes, einer Erfahrung des Ersten Weltkriegs, und der Neubelebung der niemals ganz untergegangenen Reichsidee zu. Das Wort „Volk“ überschwemmte die politische Sprache; den Anfang machte die Präambel der Reichsverfassung: „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen ...“ Joseph Joos schrieb in dem 1929 erschienenen Sammelband „Nationale Arbeit“: „Nationalpolitisch ist uns heute wie gestern die Aufgabe geworden, Volk zu werden, Volk, das wurzelt in der Heimat, in Sprache und Sitte, Volk in Stadt und Land und inmitten der wirtschaftlichen Wandlungen und Umschichtungen. Das ist schwieriger als zu den geruhsamen Zeiten der Großväter und noch härter nach den Enttäuschungen und Verbitterungen der letzten fünfzehn Jahre.“⁴⁴ Nicht nur in der katholischen Jugendbewegung, die sich wie die Romantiker des 19. Jahrhunderts an Volk und Nation berauschte, begann der Reichsgedanke, die sakrale Reichsidee, zu kreisen. Philipp Funk gab in seinem klugen Aufsatz „Der heutige Ruf nach Geschichtsrevision und das Bild Friedrichs des Großen“ zu bedenken, daß hinter einer gewissen großdeutschen Geschichtsrevision im Sinn einer Restauration mittelalterlicher Ideale neben antidemokratischen und antikonstitutionellen Tendenzen legitimistische Wünsche und konfessionelle Eng-

^{30.} August 1922, Würzburg 1923. Zur Beurteilung der Haltung Faulhabers vgl.: H. Lang, Faulhaber, Michael von, Lebensläufe aus Franken. Hrsg. von S. v. Pölnitz, Bd. 6, Würzburg 1960, 185 ff. K. Forster, Vom Wirken Michael Kardinal Faulhabers in München, in: Der Mönch im Wappen. Aus Geschichte und Gegenwart des katholischen München, München 1960, 495 ff.

⁴² Der Wortlaut des „Offenen Briefes“ bei: J. Wirth, Unsere politische Linie im deutschen Volksstaat, Berlin 1924.

⁴³ Rosenberg a.a.O. 393.

⁴⁴ J. Joos, Nationale Entwicklung und soziale Gemeinschaft, in: Nationale Arbeit, hrsg. von K. A. Schulte, Berlin o.J., 485 ff.

stirnigkeit lauern⁴⁵. Bei der Beschäftigung mit diesen stark rückwärts gewandten Vorstellungen glitt der Blick über die Gegenwart hinweg; der dadurch geförderten Entfremdung zu begegnen waren gerade katholische Organisationen, Einrichtungen und Personen bemüht. Sie bedienten sich Formulierungen, die *nach* den zwölf Jahren des Unheils Verwunderung und Empörung auslösen müssen. Daß diese nicht berechtigt sind, beweist der Text einer Forderung, die Heinrich Krone 1929 in seinem Aufsatz „Jugend und Staat“ erhob: „Der Kampf zwischen Monarchie und Republik, wie er unter den Parteien noch immer geführt wird, trifft nicht das Wesentliche und ist im Denken der lebendigen politischen Jugend überholt. Es geht um das dritte Reich, das nicht auf einer neuen Staatsform beruht, wohl aber in der Durchformung unseres heutigen demokratisch-parlamentarischen Systems mit dem Ziel einer starken und führenden Regierung, der Heraushebung eines von Zahl und Parteilaune unabhängigen politischen Führertums in den Parteien und einer mit der Konzentration von Führung durchaus vereinbaren Dezentralisation von Verantwortung auf die natürlichen Gliederungen unseres Volkes. Vieles, was vorher von der kritischen Einstellung zu den Parteien gesagt wurde, gilt auch hier. Es geht um die Rettung des politischen Gedankens, um die Durchsetzung des staatlichen Willens unseres Volkes. Die Parteien sind nicht Selbstzweck, ebensowenig die Wirtschaft. Beide haben nur die Aufgabe des Dienens. Über ihnen steht das deutsche Volk und sein Staat. Ihnen müssen Parteien und Wirtschaft zugeordnet sein.“ Da steht er also, — der ominöse Begriff „Drittes Reich“. Ist seine Verwendung eine propagandistische Vorleistung? Die Vermutung liegt nahe, ist jedoch abwegig. Der Verfasser des Aufsatzes spricht vom Staat von Weimar, von der deutschen Republik, die er den realen Ansatzpunkt staatlichen Denkens und Schaffens nennt und verweist auf die deutsche Demokratie der Zukunft, von der er sagt, sie ruhe auf den großen Kräfteströmungen, die unser Volk durchziehen⁴⁶. Das Wegstreben von den politischen Verhältnissen, nicht von den verfassungsrechtlichen Normalien, zielte auf eine *renovatio rei publicae*, auf Aussöhnung und Integrierung des Staatsvolkes mit Staatsform und Staatsordnung, auf Annahme des „Staates wider Willen“, auf Entwicklung und Entfaltung eines republikanischen Staatsbewußtseins. Darum bemühten sich nicht wenige, vor allem die Vertreter der Christlichen Gewerkschaften und auch der großen katholischen Verbände; letztere bekannten sich wenige Tage vor dem 5. März 1933 unmißverständlich zur schwarzrotgoldenen Republik.

Der deutsche Katholizismus war in diesen bewegten Jahren nicht nur mit seiner labilen Umwelt, er war auch mit sich selbst beschäftigt. Das Jahr 1918 beendete seine Emanzipation: „War nun die Kirche auch gewiß nicht gegen

⁴⁵ Ph. Funk, Der heutige Ruf nach Geschichtsrevision und das Bild Friedrichs des Großen, in: *Hochland* 27, 1 (1929) 40—52.

⁴⁶ H. Krone, Jugend und Staat, in: *Deutsche Einheit — Deutsche Freiheit*, Berlin 1929, 172 ff.

äußere Gefahren sichergestellt, so war doch jetzt ihr Schicksal in die freien, letzter Fessel entledigten Hände ihrer Gläubigen gelegt. Nun war der letzte Anlaß zu einer Abschließung der deutschen Katholiken vom kulturellen Leben der Nation gefallen.“⁴⁷ Peter Wust hat in seiner Betrachtung 1924 über die Rückkehr aus dem Exil⁴⁸ die Problematik vorgeführt, der die deutschen Katholiken gegenüberstanden. Die Mauern des Gettos waren niedergelegt, — es fiel den deutschen Katholiken jedoch schwer, über diese hinweg ins Freie zu treten. Darin erklärte sich teilweise das nicht bestreitbare Unvermögen des Katholizismus, prägend und formend auf das öffentliche Leben einzuwirken. Die von Max Scheler 1915 getroffene Feststellung — „Alles, was in Weltanschauungs- und Lebensgesinnungsbildung sowohl im Inlande wie im Auslande für repräsentativ für das moderne Deutschland galt und gilt ... ist leider von der Rolle, die der Katholizismus im deutschen geistig-kulturellen Leben spielt, kaum berührt worden“ — gilt über das Jahr 1918 hinaus. Der „fast unermeßliche Abstand zwischen dem allmählich gewonnenen politischen Gewicht des Katholizismus und dieser Rolle“ ist nicht kleiner, sondern größer geworden⁴⁹. Die 1927 von Friedrich Fuchs geäußerte Ansicht, der politische und kulturelle Katholizismus hätte sich miteinander ausgesöhnt und nach den Wechselfällen eines Jahrhunderts ihre Harmonie gefunden, übersieht die Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten, die sich seit 1919 im Bereich des katholischen Deutschlands bildeten und auch die seiner Entfaltung gesetzten Grenzen. Nicht wenige kritische Äußerungen zur Haltung des deutschen Katholizismus und vor allem zur Politik des Zentrums lassen die Annahme zu, daß dessen Imponderabilien überschätzt werden, — ein Umstand, der sich aus der Beteiligung des Zentrums an Reichsregierungen von 1919—1932 erklärt; diese stellt eine zentrale Frage der Politik des Zentrums und der Haltung der Katholiken dar, mit der zahlreiche Probleme verbunden sind. Joseph Joos schrieb 1928 am Ende seiner Betrachtung: „Zur Psychologie der politischen Koalition“: „Der deutsche Staat und das deutsche Volk wollen leben, über alle dunklen Voraußagen und eignen Hemmungen, über allen äußern Druck und alle innere Zerrissenheit, über alle Lehrmeinungen, Eifersüchteleien und Machttriebe der Parteien hinweg. Die Zentrumspartei hat beim deutschen Staat und beim deutschen Volk Jahre hindurch ausgehalten in jeder noch so schmerzlichen Lage. Sie hat verantwortliche Männer gestellt und die Reichsführung immer dann innegehabt, wenn die Verwicklung am größten war. Sie hat dem deutschen Volk den Weg frei machen helfen und frei gehalten. Vor diesem Volke, das aus tiefster Not heraus seinen Weg genommen zu neuer Kraft und Anerkennung, hat sich die Zentrumspolitik seit Weimar zu verantwor-

⁴⁷ F. Fuchs, *Die deutschen Katholiken und die deutsche Kultur im 19. Jahrhundert*, in: *Wiederbegegnung von Kirche und Kultur*, München 1927, 9 ff.

⁴⁸ P. Wust, *Die Rückkehr des deutschen Katholizismus aus dem Exil*, in: *Kölnische Volkszeitung*, Jahrg. 1924, Nr. 385 und 387.

⁴⁹ M. Scheler, *Soziologische Neuorientierung und die Aufgaben der deutschen Katholiken*, in: *Hochland* 13, 2 (1916) 195.

ten. Und sie kann es.“⁵⁰ Diese Verantwortungsbereitschaft kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die gebrechlichen Koalitionen, immer nur unter Mühen zusammengebracht und zusammengehalten, keine weitgreifende politische Aktivität zuließen; das Ver- und Aushandeln auch peripherer Fragen schwächte die staatliche Autorität, deren Wiederherstellung gefordert wurde, und schädigte das Ansehen der Parteien, die in der bestehenden Form als nicht geeignet zur Bewältigung der deutschen Politik gestellten Aufgaben bezeichnet wurden. Ein Blick auf die Aufsplitterung der Wahlentscheidungen und auf die Fraktionsstärken im Reichstag genügt, um zu verstehen, wie berechtigt diese Vorstellungen waren. Der „Verlust der (politischen) Mitte“ war nicht aufzuhalten, wie *Ludwig Kaas* in seiner Ende 1930 geschriebenen Denkschrift: „Das katholische Deutschland zwischen Sozialismus und Radikalismus“ offen erklärte⁵¹.

Das Zentrum der Weimarer Zeit wird vornehmlich aus zwei Gründen als „kirchenpolitisch orientiert“ und als „klerikal beherrscht“ bezeichnet, nämlich wegen seines Interesses an der Neuordnung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche und wegen des Hervortretens von Geistlichen als Partei-funktionären. Der Wunsch nach neuen Rechtsgrundlagen für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche war legitim und nach Fortfall der monarchistischen Form des Staatskirchentums veranlaßt und vordringlich. Die Frage, ob das Zentrum dadurch andere Bereiche der Politik vernachlässigte oder preisgab, bedarf sorgfältiger Prüfung; ihre Verneinung ist nicht ausgeschlossen. Die Betrauung von Geistlichen mit den entscheidenden Partei-positionen ist Ausdruck interner Schwierigkeiten, der Spannungen zwischen den wirtschaftlich festgelegten Gruppen, die nur noch durch einen Geistlichen zusammengehalten werden konnten. Die dadurch zwangsläufigen Nebenerscheinungen mußten in Kauf genommen werden, auch die verstärkte Belastung der Kirche mit den Haltungen und Entscheidungen des Zentrums.

Diese Erwägungen reichen nicht aus, um erschöpfende Antwort auf die Frage nach dem Standort des deutschen Katholizismus in der Weimarer Zeit zu geben; sie zeigen jedoch deren zahlreiche und ineinanderlaufende Linien und beweisen die nicht aussichtslosen Bestrebungen, mit der äußeren und inneren Not, mit der Krise der Zeit, mit den Verwirrungen und den auf eine bessere Zukunft gerichteten Hoffnungen fertig zu werden und, wie es *Brüning* während seiner Kanzlerschaft formulierte, „mit der gegenwärtigen Verfassung eine wirkliche und verantwortungsvolle Demokratie zu retten und lebendig zu erhalten“⁵².

⁵⁰ J. Joos, Die Zentrumspartei in Koalitionen (1919—1927), in: *Politisches Jahrbuch 1927/28*, hrsg. von G. Schreiber, M. Gladbach 1928, 155ff.

⁵¹ A. Wynen, Ludwig Kaas, Trier 1953, 31.

⁵² Zitiert nach: A. Nobel, Heinrich Brüning, Leipzig 1932, 76.

III

Der deutsche Katholizismus lehnte den Nationalsozialismus ab, — eine Feststellung, die nicht apologetischen Ablenkungsversuchen, sondern der Verdeutlichung seiner Lage im Frühjahr 1933 dient. Nur zwei Bereiche standen geschlossen und innerlich unerschüttert über den 30. Januar 1933 der steigenden Flut des Nationalsozialismus gegenüber, Sozialdemokratie und Katholizismus. Die sogenannten bürgerlichen Parteien waren bereits 1930 dezimiert und zur Seite gedrängt worden; ihr geistiger Einfluß, in der Regel größer als ihre Parlamentsvertretungen, war von der immer stärker nach vorne getretenen Gewalt zurückgewichen. Die Kommunisten waren, wie vor allem ihre Haltung im Berliner Verkehrsstreik im Herbst 1932 beweist⁵³, bereit, mit den Nationalsozialisten gemeinsame Sache gegen den Staat von Weimar zu machen⁵⁴.

Der Nationalsozialismus, von Mitgliedern und Parteigängern der Thule-Gesellschaft, des Germanenordens und ähnlicher Organisationen des nachrevolutionären München vorbereitet und gefördert, gab sich von Anfang an antikirchlich und vor allem antikatholisch; der viel zitierte Artikel 24 des Parteiprogramms war deklamatorischer Leerlauf, wie frühe Ausführungen Hitlers beweisen⁵⁵. Die Tatsache, daß Kundgebungen und Aufmärschen der ersten Jahre Feldgottesdienste vorausgingen, spricht nicht dagegen, daß sich der Nationalsozialismus als Religionsersatz, als „neue Kirche“, verstand und auch anbot. Die ersten Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialismus und katholischer Kirche erreichten ihren Höhepunkt in den von General Ludendorff im Prozeß gegen Hitler und Genossen erhobenen schweren Anschuldigungen gegen den Erzbischof von München und Freising, Michael Kardinal Faulhaber⁵⁶. Nach der Neugründung der NSDAP entfaltete Hitler eine zügellose Hetze gegen den Katholizismus und gegen Zentrum und Bayrische Volkspartei; seine Vertreter in den Landesparlamenten lehnten die Konkordate von Bayern, Preußen und Baden ab⁵⁷ und lösten damit Befürchtungen des Hl. Stuhles und des deutschen Episkopats über den Fortbestand der neu geschaffenen Rechtsgrundlagen für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche im Fall einer Machtergreifung Hitlers aus.

Der Hl. Stuhl zeigte sich gegenüber dem Nationalsozialismus reserviert.

⁵³ Vgl. dazu: W. Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. I: 1918—1933, Berlin 1955, 616 ff.

⁵⁴ Vgl. dazu: S. Bahne, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von E. Matthias und R. Morsey, Düsseldorf 1960, 653 ff.

⁵⁵ Vgl. meine Dokumentation: Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 7 (1955) 171 ff.; H. Buchheim, Glaubenskrise im Dritten Reich. Drei Kapitel nationalsozialistischer Religionspolitik, Stuttgart 1953.

⁵⁶ Im Rahmen meiner Edition der bayerischen Akten zum 8./9. November 1923 werde ich Umstände und Folgen der Attacke Ludendorffs darlegen.

⁵⁷ Die Haltung der deutschen Parteien zu den Bemühungen um Konkordatsabschlüsse wird gewürdigt bei: M. Bierbaum, Das Konkordat in Kultur, Politik und Recht, Freiburg/Br. 1928 (Schriften zur deutschen Politik Heft 19/20).

Kardinalstaatssekretär *Pietro Gasparri* äußerte sich am Vormittag des 9. November 1923 bestürzt und besorgt über die Auswirkungen des Hitler-Putsches, über den erste Meldungen eingetroffen waren⁵⁸. Der Nachfolger *Gasparri* im Amt des Kardinalstaatssekretärs, *Eugenio Pacelli*, hatte — was im Hinblick auf seine Überlegungen und Entscheidungen im Jahr 1933 nicht übersehen werden darf — als Nuntius in München Gelegenheit, den Aufstieg des Nationalsozialismus zu beobachten. Die Zeitungen Münchens waren von Berichten und Kommentaren über dieses Phänomen angefüllt, die politischen Gespräche kreisten darum. *Pacelli* gewann ursprüngliche und unmittelbare Eindrücke von Hitlers Weg in die Politik, er wußte, was Nationalsozialismus war, weshalb er sich reserviert gegenüber dem im Mai 1931 unternommenen Anbiederungsversuch der Nationalsozialisten verhielt. Die scharfen Erklärungen der deutschen Bischöfe gegenüber der NSDAP lösten bei Hitler und seiner Umgebung Beunruhigung aus, weshalb *Göring* zum Zweck einer Fühlungnahme nach Rom geschickt wurde. Der bayerische Gesandte beim Hl. Stuhl, *Ritter*, berichtete am 11. Mai 1931 an Ministerpräsident *Heinrich Held* über Görings Anstrengungen, von Kardinalstaatssekretär *Pacelli* empfangen zu werden.

⁵⁸ Geheimes Staatsarchiv München, MA. 1943, D.R. I 1. 24 Konv. I/1, Beiakt; der Bericht des bayerischen Gesandten Ritter hat folgenden Wortlaut:

„Die ersten Nachrichten von dem Ludendorff-Hitler-Putsch in München waren gerade von der hiesigen Morgenpresse verbreitet worden, als ich heute Vormittag dem Kardinalstaatssekretär auf dem üblichen Diplomatenempfang meinen Besuch abstattete. Der Kardinal zeigte sich sehr beunruhigt durch die Nachrichten und äußerte besonders die Befürchtung, daß der Name Ludendorff in Verbindung mit diesen Ereignissen die Franzosen reizen und ihnen einen willkommenen Vorwand bieten dürfte, mit neuen Willkür- und Gewaltmaßregeln gegen Deutschland und gegen Bayern im besonderen vorzugehen. Auch im übrigen bedauerte der Kardinal eine derartige gewaltsame Umwälzung, weil sie, wenn auch allem Anschein nach nicht von separatistischen Gedanken getragen, doch große Gefahren für Bayern und das Reich auslösen und selbst über die Grenzen Deutschlands hinaus unabsehbare Folgen nach sich ziehen könnte. Es sei daher zu hoffen und zu wünschen, daß der Zwischenfall möglichst bald eine Lösung finden werde, die wieder legale Zustände zum Wohle Bayerns und des Reiches schaffe.“

Vom Nuntius hatte der Kardinal noch keine Nachrichten aus München erhalten und so war es sehr begreiflich, daß sich Seine Eminenz eines weiteren Urteils über die vorliegenden Pressemeldungen enthielt. Nur die eine Frage warf er noch auf, was wohl jetzt aus dem bayerischen Konkordat werden würde, wenn es wirklich zu einer Diktatur in Bayern kommen sollte.

Im Vatikan scheint man nämlich im Zweifel darüber zu sein, ob es möglich wäre, mit einem Diktator das Konkordat abzuschließen, weil zu befürchten sei, daß dessen Rechtmäßigkeit nachträglich von der Volksvertretung bestritten werden könnte. Ohne Instruktionen und da der Fall ja auch nicht akut ist, trug ich Bedenken, mich dazu zu äußern.

Die vatikanische Presse hat die Vorgänge in München nicht kommentiert. Die übrige hiesige Presse hat zwar Betrachtungen über sie angestellt, aber keine irgendwie gehässige Kritik an ihnen geübt, sondern bei deren Beurteilung sogar manche mildernde Umstände gelten lassen, zumal unter Hinweis auf das Verhalten Frankreichs, das immer mehr verrete, daß Frankreich nur das eine erreichen wolle, nämlich die Vernichtung Deutschlands. Andererseits verkennt aber die Presse nicht die großen Gefahren, die aus solchen Vorkommnissen Deutschland und ganz Europa erwachsen können und warnt Deutschland ernstlich davor, sich seinen Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag auf diese Weise entziehen zu wollen. Auch Italien müsse auf seinen berechtigten Ansprüchen bestehen.

Rastignac in der offiziösen „Tribuna“ benützt die Gelegenheit, Frankreich die gute Lehre zu erteilen, daß es im eigenen Interesse sich davor hüten solle, den Bogen zu überspannen.

„Als am 4. Mai von dem ‚Demokratischen Zeitungsdienst‘ die Nachricht verbreitet wurde, daß Hitler ‚wegen der ablehnenden Stellungnahme der deutschen Bischöfe zum Nationalsozialismus bereit sei, der katholischen Kirche Konzessionen zu machen und die Absicht habe, zum Zwecke einer Fühlungnahme mit dem Vatikan einen politischen Beauftragten nach Rom zu schicken‘ — der gleiche Zeitungsdienst nannte dies einen Gang nach Canossa —, war der nationalsozialistische Abgeordnete Göring schon in Rom eingetroffen und hatte mit einem direkt an den Herrn Kardinalstaatssekretär gerichteten Schreiben diesen gebeten, von ihm empfangen zu werden. Unter den gegebenen Verhältnissen war es begreiflicherweise dem Kardinal Pacelli sehr peinlich, von einem Vertreter der nationalsozialistischen Partei um eine Audienz gebeten zu werden. Nachdem die nationalsozialistische Presse an den Kundgebungen der deutschen Bischöfe eine scharfe, abfällige Kritik geübt und sogar den Heiligen Stuhl in ursächlichen Zusammenhang mit diesen Kundgebungen zu bringen versucht hatte, befürchtete der Kardinal, daß, wenn er Herrn Göring empfange, dies von den Nationalsozialisten in nicht abzusehender tendenziöser Weise zu ihren Gunsten ausgenützt werden könnte, und da er andererseits auch wieder Bedenken trug, Herrn Göring ohne weiteres abzuweisen und damit etwa den Eindruck hervorzurufen, als ob der Vatikan der Stellungnahme der deutschen Bischöfe zum Nationalsozialismus und den sich daraus ergebenden Folgen keine Bedeutung beimesse, unterbreitete der Kardinal die Frage dem Papste. Seine Heiligkeit entschied, daß mit Rücksicht auf die von den deutschen Bischöfen erlassenen Weisungen der Kardinalstaatssekretär davon absehen solle, den nationalsozialistischen Abgeordneten persönlich zu empfangen, und daß es genüge, wenn Monsignore Pizzardo die Mitteilungen, die Herr Göring zu machen wünsche, entgegennehme, ohne sich jedoch auf eine Diskussion über dieselben einzulassen. Dies geschah denn auch, und wie zu erwarten war, begann Herr Göring damit, sich über die deutschen Bischöfe zu beschweren, die mit ihren Kundgebungen der nationalsozialistischen Partei kirchenfeindliche Bestrebungen zu unterschieben versuchten, um die Partei in den Augen der Katholiken zu verdächtigen und auf diese Weise dem Zentrum politisch zu Hilfe zu kommen. Dabei wies Herr Göring darauf hin, daß das Zentrum zu der ausgesprochen kirchenfeindlichen sozialdemokratischen Partei in einem Koalitionsverhältnis stehe, während es die nationalsozialistische Partei, die keineswegs kirchenfeindliche Tendenzen verfolge, bekämpfe. Zu Unrecht werde der nationalsozialistischen Partei nachgesagt, daß sie eine deutsche Nationalkirche zu gründen beabsichtige. Sie anerkenne die Dogmen der Kirche, und nichts liege ihr ferner, als die Autorität des Papstes auf dem Gebiete der christlichen Glaubens- und Sittenlehre untergraben zu wollen. Wenn unter den Tausenden von Propagandisten der Partei der eine oder andere sich einmal zu Ausfällen gegen die Kirche habe hinreißen lassen, so dürfe dies nicht der Partei zur Last gelegt werden. Die Partei mißbillige im Gegenteil derartige Entgleisungen, werde aber andererseits niemals dulden, daß die Kirche aus dem Rahmen ihrer Zuständigkeit trete und sich in den politischen Kampf der Parteien einmische. Wenn sie dies gleichwohl tue, werde sie sich die Folgen nur selber zuzuschreiben haben. Die nationalsozialistische Partei scheue den Kampf nicht. Die Zahl ihrer Anhänger wachse von Tag zu Tag, und es werde ihr daher sicherlich gelingen, sich mit ihren politischen Grundsätzen zur Geltung zu bringen. Herr Göring soll sehr siegesbewußt aufgetreten sein, vermochte aber doch nicht, Monsignore Pizzardo aus seiner reservierten Haltung herauszulocken, und als er den Wunsch äußerte, doch auch noch von Kardinalstaatssekretär empfangen zu werden, sagte ihm Monsignore Pizzardo, daß dies überflüssig sei, weil er nicht verfehlen werde, von den ihm gemachten Mitteilungen den Kardinalstaatssekretär auf das genaueste zu informieren. Von Konzessionen, die die nationalsozialistische Partei, wie es in der Presse hieß, der katholischen Kirche machen wolle, war in den von Herrn Göring gemachten Mitteilungen nichts zu finden. Was Herr Göring über die Stellungnahme seiner Partei zur Kirche sagte, bewegte sich in bekannten allgemeinen Phrasen, die keineswegs danach angetan sind, den von den deutschen Bischöfen an die Gläubigen gerichteten Ermahnungen und ihren Sorgen um die Reinerhaltung des Glaubens und um die Wahrung der der Kirche zustehenden Rechte den Boden zu entziehen. Kardinal Pacelli war froh, Herrn Göring nicht empfangen zu haben, weil es ihm in seiner

Stellung vielleicht nicht möglich gewesen wäre, zu den gegen die deutschen Bischöfe erhobenen Beschwerden zu schweigen und sich daraus voraussichtlich eine Diskussion ergeben hätte, die zur Vermeidung von unliebsamen tendenziösen Auslegungen auf Wunsch des Papstes nicht stattfinden sollte. Der Vatikan beabsichtigt in der Sache, wie ich streng vertraulich erfahre, nichts weiter zu tun, sondern will im Vertrauen auf die deutschen Bischöfe der Entwicklung der Dinge freien Lauf lassen.“⁵⁹

Das fortdauernde Interesse des Hl. Stuhles an der Entwicklung in Deutschland kommt in den Erklärungen zum Ausdruck, die *Pius XI.* in einer Audienz gegenüber dem bayerischen Gesandten machte; *Ritter* berichtete am 20. Dezember 1931 nach München:

„Schließlich kam der Papst auch noch auf die extremen politischen Parteien in Deutschland, zumal auf die Nationalsozialisten, zu sprechen. Von den Nationalsozialisten meinte der Papst, daß sie, wenn sie nicht als Feinde der Kirche angesehen werden wollten, den groben Fehler begangen hätten, sich nicht mit den Bischöfen in Deutschland zu verständigen, als diese sich gezwungen sahen, wegen der weitverbreiteten kirchenfeindlichen Grundsätze der Partei die Gläubigen vor ihr zu warnen. Der Verdacht ihrer Kirchenfeindlichkeit bestehe somit weiter und es werde daher den kirchenfreundlichen Parteien wie gegenüber der sozialdemokratischen Partei, so auch gegenüber der nationalsozialistischen Partei sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden, mit ihr eine Koalition zu schließen. Eine Zusammenarbeit ließe sich vielleicht nur vorübergehend für bestimmte Zwecke ermöglichen, um dadurch ein noch größeres Übel zu verhindern.“⁶⁰

Bedeutet die Erklärung des Papstes die Aufgabe der Ablehnung Hitlers? Ist die angedeutete Möglichkeit eine Schwächung der Haltung der deutschen Bischöfe, ein „Dolchstoß“? Was sagt nach dem Bericht des bayerischen Gesandten *Pius XI.*? „Eine Zusammenarbeit ließe sich vielleicht nur vorübergehend für bestimmte Zwecke ermöglichen, um dadurch ein noch größeres Übel zu verhindern.“ Der Satz ist unmißverständlich; er bedarf nicht einmal des Hinweises auf die deutsche und weltpolitische Situation an der Jahreswende 1931/32. Er weist auch in das Jahr 1933, auf Erwägungen und Entscheidungen, die nach dem 30. Januar 1933 angestellt bzw. getroffen wurden.

Die meisten deutschen Bischöfe nahmen den Kampf gegen den Nationalsozialismus entschieden auf; es ist müßig, die einzelnen Maßnahmen und Kundgebungen anzuführen und zu interpretieren. Der Bischof von Mainz verweigerte Nationalsozialisten das kirchliche Begräbnis. Die bayerischen Bischöfe beschworen ihre Diözesanen, nicht dem Nationalsozialismus nachzulaufen. Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, *Adolf Kardinal Bertram*, warnte eindringlich vor den nationalsozialistischen Irrlehren. Die Oberhirten der Kölner Bischofskonferenz mahnten vor der Unterstützung der Bewegung Hitlers. Der größere Teil der einschlägigen Texte ist publiziert⁶¹, eine Auswertung dieser Warnungen fehlt noch. Wo immer sich ein Geistlicher zum Nationalsozialismus hingezogen fühlte, wurde er vom zu-

⁵⁹ Gedruckt: *Deuerlein*, Reichskonkordat, 294f. Anm. 343.

⁶⁰ Gedruckt: *Morsey*, Die Deutsche Zentrumspartei, 302 Anm. 23.

⁶¹ Vgl. die Materialsammlungen von Neuhäuser und Corsten und: Der katholische Episkopat in der nationalen Revolution Deutschlands, hrsg. von E. F. J. Müller, Freiburg/Schweiz 1934.

ständigen Ordinarius zum Gehorsam angehalten. An diese Haltung der Bischöfe muß vor allem aus zwei Gründen erinnert werden: Auf ihrer Ebene waren sie die einzigen Rufer gegen den Nationalsozialismus; keine gleichrangigen Amtspersonen im öffentlichen Leben Deutschlands traten mit dieser Entschiedenheit der steigenden Flut entgegen. Wer diese Tatsache mit einer Handbewegung abtut oder übergeht, verzerrt die Ausgangssituation nach dem 30. Januar 1933. Die nationalsozialistische Propaganda überschüttete die deutschen Bischöfe mit ungezügelten Schmähungen und wüsten Bedrohungen. Sie waren, nachdem das Schicksal des Reiches Hitler ausgeliefert war öffentlich deklarierte Feinde *der Partei*, die die Regierungspartei geworden war und sich anschickte, unter Duldung und Mitwirkung des Reichspräsidenten, der Gerichtsbarkeit und der bewaffneten Macht sich in den Staatsorganismus zu integrieren.

Der weitaus größere Teil des Klerus und der kirchentreuen Laien befolgte die Kundgebungen der Bischöfe, wofür Zeugnisse und Belege in beliebiger Zahl zur Verfügung stehen. Eine Untersuchung über die Haltung des deutschen Katholizismus in der Agonie des Staates von Weimar wird anerkennen müssen, daß in der intensiven Aufklärung über den Nationalsozialismus die Grundlage dafür gelegt wurde, daß sich der katholische Volksteil nach einer kurzen Zwischenphase teilweiser Unsicherheit und Verwirrung über seinen Standort und seine Aufgabe im klaren war. Die Grundlegung dafür, daß es, wie *Gerhard Ritter* in seiner Studie „*Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*“ erklärt, nur die Kirchen in der Hitlerzeit so etwas wie eine wirkliche Volksbewegung gegen den Nationalsozialismus in Gang gebracht haben⁶², liegt für den katholischen Bereich in der intensiven Aufklärung vornehmlich zwischen 1930 und 1933. Die katholische Publizistik wurde nicht müde, Hitlers Absichten bekannt zu machen und zu erläutern. Die Konsequenzen dieser Haltung sind bekannt: Brutaler Haß trieb *Friedrich Muckermann* auf eine ruhelose Flucht, auf der er sein Leben vollendete. *Fritz Gerlich* wurde bestialisch zu Tode gebracht; *Ingbert Naab* starb im Exil. Unzählige verloren ihren Arbeitsplatz und die Möglichkeit, sich publizistisch zu betätigen. Verlage und Druckereien wurden unter ausdrücklichem Hinweis auf ihre Haltung vor 1933 geschlossen.

Bevor noch mit der Erschütterung und dem Sturz *Brünings* der Endkampf um die Macht in Deutschland begann, setzten einsichtige und urteilsfähige Zeitgenossen auf das Zentrum, wenn es diesem gelang, seine Grundlage zu verbreitern. *Gustav Stolper* schrieb am 29. April 1932: „Das Zentrum hat ohne Zweifel jetzt in den letzten Jahren Hunderttausende von Wählern aus nichtkatholischen Schichten gewonnen ... Die Frage ist, ob die Partei sich diesem veränderten Gefüge ihrer Wählerschaft anpassen will oder kann. Mit anderen Worten: Ob das Zentrum bereit ist, seinen Charakter als katholische Partei aufzugeben und — wie es seinem Namen entspräche — be-

⁶² G. Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1954, 107.

reit ist zur großen interkonfessionellen Mittelpartei zu werden ... Es gibt in ihm starke Kräfte, die auf eine solche Verbreiterung seiner Basis und insbesondere auf seine Interkonfessionalisierung hindrängen ... Die Basis des heutigen Zentrums ist offenbar zu schmal für die Dimensionen seiner Verantwortung ... Gelingt der Umbau des Zentrums nicht, dann wird es zur Schicksalsfrage Deutschlands, ob schon in den nächsten Wochen sich Kräfte zusammenfinden, die einem freien Staat und einer freien Wirtschaft in Deutschland das parteimäßige Fundament schaffen wollen, ohne das die deutsche Freiheit die nächsten Jahre nicht überleben kann.“⁶³

In dieser — leider unerfüllt gebliebenen — Erwartung schlägt ein bemerkenswerter Respekt vor der Haltung des Zentrums durch, das sich als politischer Vorort des deutschen Katholizismus verstand, auch wenn dessen Möglichkeiten erheblich überschätzt werden. Das Zentrum bot sich im Zeitpunkt vor dem Beginn der mit dem Sturz Brünings eingeleiteten Schlussphase des Staates von Weimar als letzte Hoffnung an. Die internationale Lage war beunruhigend: Die Abrüstungsverhandlungen in Genf, die die Frage der Gleichberechtigung und Gleichstellung Deutschlands einschlossen, kamen nicht voran. Die Arbeitslosen auf den Straßen und Plätzen der Städte nahmen rasch zu. Das nahende Unheil kündigte sich allenthalben an. Es griff auch nach dem deutschen Katholizismus, der sich zwischen dem Unbehagen mit den bestehenden Verhältnissen und der Unsicherheit einer sich von der Verfassung weit entfernen Entwicklung vor die Aufgabe gestellt sah, den Ansturm eines totalitären Radikalismus aufzufangen, der mit dem Gedanken umging, das „Christentum in Deutschland auszurotten“⁶⁴.

(Ein weiterer Beitrag wird folgen.)

Karl Kraus

HUBERT BECHER SJ

Die Herausgabe ausgewählter Werke des ebenso oft überschätzten wie grimig und ungerecht befriedeten Wiener Satirikers und Sprachkünstlers Karl Kraus¹ haben Person und Anschauungen wieder lebendig gemacht. Er ist

⁶³ Stolper a.a.O. 295 f.

⁶⁴ Vgl. H. Rauschning, Gespräche mit Hitler, Zürich 1940, 50 ff.

¹ Hrsg. von Heinrich Fischer im Kösel-Verlag, München.

1. Die dritte Walpurgsnacht (309 S.) 1952.
2. Die Sprache (447 S.) 1954.
3. Beim Wort genommen (464 S.) 1955.
4. Widerschein der Fackel. Glossen (434 S.) 1956.
5. Die letzten Tage der Menschheit. Tragödie in 5 Akten mit Vorspiel und Epilog (774 S.) 1957.
6. Literatur und Lüge (360 S.) 1958.